

Protokoll der 134. Sitzung des rbb-Rundfunkrates - öffentlich

Datum:	20. November 2023
Ort:	Berlin
Beginn der Sitzung:	16:00 Uhr
Ende:	19:45 Uhr

Leitung: Oliver Bürgel

Protokoll: Silke Schütze

Teilnehmer und Teilnehmerinnen

Mitglieder des Rundfunkrates

Amsinck, Christian (*abgemeldet*)

Auster, Regine

Becker, Frank

Benn, Sören

Bürgel, Oliver

Feuerschütz, Frank

Geywitz, Harald

Greve, Edwin (*ab 16:31*)

Goiny, Christian

Hagemann, Prof. Martin (*abgemeldet*)

Helm, Anne

Hemm, Frauke (*zugeschaltet*)

Herzog-von der Heide, Elisabeth

Hohloch, Dennis (*abgemeldet*)

Kanellos-Okur, Linda (bis 18:46)

Kapek, Antje

Karger, Katja

Kiesow, Caroline (*abgemeldet*)

Koinzer, Marcus

Kühnemann, Andrea

Mauersberger, Ulrike (*zugeschaltet*)

Offenberg, Dr. Moshe Abraham

Rabe, Dr. Christine

Richstein, Barbara

Riedel, Katharina

Röggla, Prof. Kathrin (*zugeschaltet*)

Saleh, Raed (ab 16: 12 Uhr)

Schucht, Irene

Stohn, Erik

Wittke, Jürgen (*abgemeldet*)

Verwaltungsrat

Ehlers, Benjamin

Holznagel, Prof. Bernd (*abwesend*)

Oehmichen, Dr. Lutz (*abwesend*)

Krüger, Dr. Wolfgang (*abwesend*)

Schütt, Juliane (*abwesend*)

Tille, Dr. Dagmar (*zugeschaltet*)

Weidenfeld, Dr. Ursula (*abwesend*)

Vertreter des Personalrats

Thomählen, Dörte

Jauer, Sabine

Vertreter der Staats- und Senatskanzlei

Scheibel, Dr. Henrik

Prasse, Sabine (*abwesend*)

Geschäftsleitung

Demmer, Ulrike

Skiba, Dr. Kerstin

Deléglise, Sylvie

Owsinski, Andreas

Zöllner, Martina

Gäste

Küchler-Stahn, Prof. Nicole

Hölscher, Christoph (Freienvertretung)

Demmer, Justus (Presse und Information)

Luer, Dr. Nadya (Leitung Programmstrategie Intendanz)

Gremiengeschäftsstelle

Schütze, Silke

Brust, Tobias

Birtün, Jasmin

TAGESORDNUNG für die 134. Sitzung des rbb-Rundfunkrats am 20. November 2023 in Berlin, Beginn: 16:00Uhr

- TOP 1** **Regularien**
- TOP 2** **Abnahme des Protokolls der Sitzung vom 28. September 2023**
- TOP 3** **Bericht der Intendantin**
Ulrike Demmer
- TOP 4** **Bericht & Empfehlung der AG Zielvorgaben**
(Beschlussvorlage) Frank Feuerschütz
- TOP 5** **Wahl einer/eines Verwaltungsdirektors/Verwaltungsdirektorin**
(Beschlussvorlage) Ulrike Demmer
- TOP 6** **Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden**
Benjamin Ehlers
- TOP 7** **Bildung eines nicht ständigen Ausschusses, der mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags für die Wahl einer Intendantin oder eines Intendanten beauftragt wird**
(Beschlussvorlage) Oliver Bürgel
- TOP 8** **Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung einer Wahlordnung unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem zuletzt durchgeführten Verfahren**
Ulrike Mauersberger

TOP 9

Berichte aus den Vertretungen

9.1. Bericht des Personalrates

Sabine Jauer

9.2. Bericht der Freienvertretung

Christoph Hölscher

TOP 10

Berichte aus den Ausschüssen

10.1. Bericht aus dem Programmausschuss

Dr. Moshe Abraham Offenberg

10.2. Bericht aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

Frauke Hemm

10.3. Bericht aus dem ARD-Programmbeirat

Katharina Riedel

10.4. Bericht aus dem GVK-TMA

Prof. Martin Hagemann

10.5. Bericht Programmbeirat arte Deutschland

Katja Karger

TOP 11

Bewertung „Gendern im Programm des rbb“

Antrag: Dennis Hohloch

TOP 12

Bewertung der Berichterstattung „rechtsextreme Vorfälle in Burg (Spreewald) und Heidesee“

Antrag: Dennis Hohloch

TOP 13 Verschiedenes

TOP 1 Regularien

Herr Bürgel eröffnet die Sitzung um 15:02 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Rundfunkrates und Verwaltungsrates sowie die Intendantin Frau Demmer, Frau Zöllner (Programmdirektorin), Herrn Owsinski (Direktor Produktion und Betrieb), Frau Deléglise (stellvertretende Verwaltungsdirektorin), die Justitiarin Frau Dr. Skiba, Herrn Demmer (Unternehmenssprecher, Leiter der rbb Presse und Information), die Vertreter:innen von Personalrat und Freienvertretung, Frau Dr. Luer, Leiterin der Programmstrategie in der Intendanz und die Gremiengeschäftsstelle.

Herr Bürgel weist darauf hin, dass die Sitzung per im Internet-Live-Stream übertragen werde und begrüßt abschließend, virtuell und in Präsenz, die Öffentlichkeit und die Mitarbeitenden des rbb.

Abgesagt haben: Herr Wittke, Herr Amsinck, Frau Kiesow, Herr Hohloch, Herr Professor Hagemann.

Zugeschaltet: Frau Prof. Röggl, Frau Mauersberger, Frau Hemm, sowie vom Verwaltungsrat Frau Dr. Tille.

Feststellen der Beschlussfähigkeit.

Herr Bürgel stellt fest, dass der Rundfunkrat mit 20 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig sei.

Abstimmung über die Tagesordnung

Herr Bürgel bittet um Zustimmung zur Tagesordnung, die dem Gremium fristgerecht zugegangen sei.

Herr Bürgel informiert, dass die TOPs 10.02. (Frau Hemm), 10.03. (Frau Riedel), sowie 11 und 12 (Herr Hohloch) auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben werden.

Herr Bürgel meldet zum TOP 13 Verschiedenes drei Themen an

1. Einen Bericht von Frau Herzog-von der Heide über den Corporate Public Governance Kodex (CPGK), der gerade unter der Federführung der GVK entstehe.
2. Ein Angebot der Verwaltungsdirektion, gemeinsam mit der Hauptabteilung Personal, den Rundfunkrat in Form einer virtuelle Informationsveranstaltung über die Situation der freien Mitarbeitenden auf einen aktuellen Erkenntnisstand zu bringen. Es könne diskutiert werden, ob hier Interesse bestehe.
3. Eine Diskussion über das Schreiben des Redaktionsausschusses, das den Mitgliedern des Gremiums am 1. November zugegangen sei.

Herr Bürgel fragt nach weiteren Anmeldungen für TOP 13 Verschiedenes. Es gibt keine weiteren Anmeldungen.

Herr Bürgel bittet um Zustimmung für die nun modifizierte Tagesordnung.

Der Tagesordnung wird per Akklamation mit einer Enthaltung zugestimmt.

Herr Bürgel gibt einen Überblick zur Neuorganisation der Gremiengeschäftsstelle (GGS). Ein erfolgreiches professionelles Ehrenamt ließe sich nur über ein funktionierendes Hauptamt bewerkstelligen. Der neue Staatsvertrag (§ 31 d, Abs.3) sehe für die Gremiengeschäftsstellen ausdrücklich eine angemessene Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln vor. Gemeinsam mit dem Verwaltungsratsvorsitzende Herr Ehlers sei er um eine grundlegende Umstrukturierung der Geschäftsstelle bemüht. Sowohl Interimsintendantin Dr. Vernau als auch Intendantin Frau Demmer seien mit dem von ihm vorgeschlagenen Konzept, über das die Gremien ebenfalls informiert worden seien, einverstanden gewesen. Die daraus resultierenden Stellenausschreibungen habe man dem Gremium zugänglich gemacht. Er bedankt sich bei den stellvertretenden Vorsitzenden Frau Dr. Tille und Frau Herzog-von der Heide sowie bei Herrn Ehlers für ihr Engagement, gemeinsam mit ihm an vier Tagen mit

vielen internen und externen Bewerber*innen für die in Frage stehenden Stellen (Leitung und Referent*innen) Bewerbungsgespräche geführt zu haben. Heute könne er noch keine Namen nennen, da das Auswahlverfahren innerhalb des rbb bestimmten Regeln unterliege (z.B. Abstimmung mit der Frauenvertretung und dem Personalrat. Daher dauere es noch, bis die rbb-internen Stellen den Empfehlungen der Vorsitzenden zustimmen.

Herr Bürgel berichtet zur Medienpolitik, dass dem Gremium der Kabinettsbeschluss zum rbb-Staatsvertrag mit Schreiben der Intendantin zugegangen sei und nun das parlamentarische Verfahren beginne (z.B. in Brandenburg Ende November mit der Ersten Lesung im Parlament und vermutlich der Überweisung in den Hauptausschuss).

Sobald das Gesetz verabschiedet sei, müsse sich der Rundfunkrat damit beschäftigen, welche praktischen Auswirkungen die neuen Regelungen auf seine Arbeit und seine Pflichten haben. Hier verweise er auf den Vorschlag des Verwaltungsratsvorsitzenden zur Bildung eines nicht-ständigen Ausschusses mit dem Ziel das juristisch relevante Regelwerk der Gremien zu aktualisieren. Herr Ehlers werde darüber in seinem Bericht (TOP 6) sprechen. Auch die für März 2024 geplante Klausursitzung des Rundfunkrates könne Anlass für eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema bieten.

TOP 2

Abnahme des Protokolls der Sitzung vom 28. September 2023

Herr Bürgel erklärt, dass das Gremium mit der fristgemäßen Einladung zu dieser Sitzung das Protokoll der vorherigen Sitzung des Rundfunkrates am 28. September 2023 erhalten habe. Dazu gebe es die Anmerkung, dass Herr Hohloch per Mail eine Änderungsbitte vorgebracht habe. Es sei im Protokoll fälschlicherweise vermerkt, dass eine von ihm gestellte Frage nach einer datenbasierten Aufbereitung der rbb-Dialogwoche bereits schriftlich beantwortet worden sei.

Herr Bürgel stellt richtig, dass in der Tat die Antwort bei Protokollversand noch nicht zugestellt gewesen sei. Mittlerweile sei Herrn Hohloch und den anderen Mitgliedern des Gremiums die angefragte Auswertung zugegangen, weswegen der Hinweis im Protokoll in der vorliegenden Form erhalten bleiben könne.

Vor der Abnahme des Protokolls bittet Herr Bürgel um Kommentare und Ergänzungen. Es gibt keine Anmerkungen.

Herr Bürgel bittet um Zustimmung per Akklamation.

Das Protokoll wird mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgenommen.

TOP 3 Bericht der Intendantin

Ulrike Demmer

Herr Bürgel bittet die Intendantin Ulrike Demmer um ihren Bericht. (Der Bericht der Intendantin ist dem Protokoll beigefügt.)

Herr Bürgel lädt zum Austausch.

Frau Kapek meldet den Wunsch nach einer Aufarbeitung mit dem (mittlerweile eingestellten) Format „Wir müssen reden“, dem Bürgertalk des rbb, an.

Sie sei mehrfach Gast der Sendung gewesen und habe sich als Politikerin zunehmend bedroht gefühlt. In der so genannten Reichsbürgerszene sei zur „Kaperung“ der Sendung aufgerufen worden. Sie interessiere, welche Konsequenzen aus Vorfällen rund um die Live-Sendung für künftige Formate dieser Art gezogen werden.

Frau Demmer betont, für sie sei es von elementarer Wichtigkeit, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Dieser Relevanz wolle der rbb in zwei sehr unterschiedlichen Formaten (die Frau Zöllner später vorstellen könne) entsprechen. Ziel sei dabei, in schwierigen Zeiten für den Dialog, in der Gesellschaft vorbildlich zu agieren.

Frau Zöllner bestätigt Frau Kapeks Beobachtungen und berichtet, das Sicherheitskonzept für Sendungen mit Publikumsbeteiligung werde angepasst.

Ausgehend von der umfangreichen rbb-Berichterstattung zu den offiziellen politischen Veranstaltungen anlässlich des 9. Novembers regt **Frau Karger** an, auch Aktionen privater Initiativen (z.B. Solidaritätszug durch City West) im Programm abzubilden. Damit ließe sich demonstrieren, in welchem Maß, dieser besondere Tag tatsächlich von Berlinerinnen und Berlinern getragen werde.

Herr Dr. Offenberg merkt an, dass er in Bezug auf die aktuelle politische Lage einen Aufschrei – jenseits der staatlichen, häufig geäußerten Solidarität – vermisse. Er unterstütze die Anregung von Frau Karger, lokalen Initiativen und/oder persönlichem Engagement (Stichwort grassroots Bewegung) mehr Raum in der Berichterstattung zu gewähren. Hinsichtlich der Novellierung des Staatsvertrages kritisiere er eine irritierende Einschränkung und Bevormundung durch die Reduzierung der entsendenden Institutionen von vier auf zwei Körperschaften jüdischen Glaubens. Er erläutert, dass – anders als bei christlichen Religionen – das Judentum pluralistisch sei und es keine oberste Instanz gebe. Bislang seien drei Körperschaften als entsendende Institutionen bestimmt worden – mittlerweile gebe es vier Körperschaften, vitale Zeichen eines vielfältigen Erwachens jüdischen Lebens. Allerdings seien nur zwei als entsendende Einrichtungen im Staatsvertrag genannt. Dieses gebe nicht die Breite des jüdischen Lebens in Berlin und Brandenburg wieder, sondern stelle eine Verengung dar, die in Zukunft die Stimme der jüdischen Bevölkerung im Rundfunkrat bestimmen werde. Zuletzt moniert **Dr. Offenberg**, dass die schriftlichen Eingaben der jüdischen Gemeinden in dieser Sache von den Zuständigen in der Politik keiner Antwort gewürdigt worden seien.

Herr Bürgel teilt die Irritation über das Ausbleiben von Reaktionen auch auf die Schreiben der Vorsitzenden der rbb-Gremien. Er dankt Frau Demmer für den Bericht und die sich daraus ergebenden Anregungen.

TOP 4 Bericht & Empfehlung der AG Zielvorgaben
(Beschlussvorlage) Frank Feuerschütz

Herr Bürgel führt in den Tagesordnungspunkt ein: Nach §13. Abs. 1 rbb-Staatsvertrag sei es die Pflicht des rbb, im zweijährlichen Rhythmus dem Rundfunkrat eine Beschlussfassung

über die Zielvorgaben vorzulegen und den Bericht über die Zielvorgaben nach § 3 Abs. 6 genehmigen zu lassen. Die Zielvorgaben und der Bericht aus der Intendanz seien dem Gremium in der finalen Version am 16. November 2023 zugegangen.

Herr Bürgel bedankt sich bei den Mitgliedern der AG Zielvorgaben, die die heutige Beschlussfassung maßgeblich vorbereitet habe. Die AG unter der Leitung von Herrn Feuerschütz habe aus Frau Dr. Rabe, Frau Auster, Frau Prof. Röttgla und Herr Dr. Offenbergl bestanden. In der AG habe man sich in mehreren Schalten und Sitzungen mit Programmdirektorin Frau Zöllner und Frau Dr. Luer (Leiterin Programmstrategie in der rbb-Intendanz) intensiv mit den Zielvorgaben des rbb zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben 2023/2024 befasst. Herr Feuerschütz werde nun aus der AG berichten und die Empfehlung der AG mitteilen.

Herr Feuerschütz würdigt die gute Zusammenarbeit der AG mit Programmdirektorin Frau Zöllner und Frau Dr. Luer aus der Intendanz. Das gute Miteinander habe ermöglicht, Anmerkungen der AG in den finalisierten Text einzubringen.

Er wolle drei Punkte exemplarisch hervorheben:

1. Man habe sich in gegenseitiger Absprache darauf geeinigt, im Text der Zielvorgaben zu gendern, und zwar mit der jeweils männlichen und weiblichen Form (z.B. Zuschauer und Zuschauerin).
2. Man habe sich intensiv mit der Regionalisierung in den Zielvorgaben auseinandergesetzt, vor allem auch in Hinsicht auf Brandenburg. Dabei stehe die Planung eines Studios in Brandenburg an der Havel exemplarisch als Pendant zum bereits existierenden modernen neuen Studio in Berlin.
3. Ebenso konstruktiv und konzentriert habe man sich mit der geplanten Umgestaltung „neuer Abend“ auseinandergesetzt und hinterfragt, wohin die Entwicklung gehe. Vieles könne man hierzu aus den Zielvorgaben herauslesen. Man sei hier in der

besonderen Situation, dass der Sender bereits mitten im Prozess sei. Durch die Ereignisse des vergangenen Jahres sei der Beschluss der Zielvorgaben etwas aus dem Fokus geraten.

Zu guter Letzt weist **Herr Feuerschütz** auf den Komplex Radio hin, über den man anhand der in den Zielvorgaben formulierten Vorstellungen im Detail wie übergreifend gesprochen habe. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass auf allen Ebenen das crossmediale Zusammenarbeiten zukünftig weiter gestärkt werden müsse. Der Programmausschuss empfehle einstimmig, der Verabschiedung der Zielvorgaben zuzustimmen.

Herr Bürgel dankt Herrn Feuerschütz und lädt zum Austausch. Es gibt keine Nachfragen aus dem Plenum. **Herr Bürgel** verliest den Beschluss:

Der Rundfunkrat beschließt die Zielvorgaben des rbb zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben 2023/2024 und genehmigt den Bericht nach § 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag.

Die vom Programmausschuss angeregten redaktionellen Änderungen für den Entwurf der Zielvorgaben des rbb zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben wurden in der vorliegenden Fassung berücksichtigt. Der Programmausschuss empfiehlt dem Rundfunkrat, die Zielvorgaben des rbb zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben zu beschließen und den Bericht nach § 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag zu genehmigen.

Der Rundfunkrat beschließt einstimmig (mit 21 Ja-Stimmen) die Zielvorgabe des rbb zur Erfüllung seiner programmlichen Aufgaben und genehmigt den Bericht nach § 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag.

TOP 5

Wahl einer/eines Verwaltungsdirektors/Verwaltungsdirektorin

(Beschlussvorlage) Ulrike Demmer

Herr Bürgel leitet TOP 5 ein und stellt dar, dass Beschlussvorlage und Lebenslauf der von Intendantin Demmer vorgeschlagenen Kandidatin den Rundfunkrat am Montag, 13. November zugegangen seien.

Herr Bürgel begrüßt die Kandidatin Frau Prof. Dr. Kuchler-Stahn.

Frau Kannelos-Okur beantragt, für den Austausch im Gremium nach der Vorstellung der Kandidatin den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Das Gremium folgt mit 13 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen dem Antrag von Frau Kannelos-Okur.

Frau Kapek fragt Frau Demmer nach den Gründen für ihre Entscheidung für Frau Prof. Dr. Kuchler-Stahn.

Frau Demmer stellt Frau Prof. Dr. Kuchler-Stahn als Finanzexpertin mit Transformationserfahrung vor. Sie weist auf die drängende Herausforderung der Konsolidierung des Haushaltes hin und stellt im Folgenden den Auswahlprozess für die Position der/des Verwaltungsdirektors/in dar.

Man habe die öffentliche Ausschreibung noch einmal geschärft. Sie habe u.a. den von Frau Dr. Vernau vorgeschlagenen Kandidaten zweimal getroffen. Anfang Oktober habe man aus 50 Bewerbungen sieben ausgewählt, sechs davon seien zu einer Vorstellung gekommen. Neben Herrn Bielefeld (HA Personal), Frau Jauer (Personalrat) und Frau Hagemann (stellv. Frauenbeauftragte) habe auch Frau Dr. Skiba (Justitiarin) an den Auswahlgesprächen teilgenommen. Unter den sechs Kandidat*innen seien vier Männer und zwei Frauen gewesen, zwei Personen seien gebürtig aus Ostdeutschland, eine Person sei aus dem erweiterten ARD-Universum, zwei weitere Kandidat*innen seien intern, drei extern gewesen. Die mit dem Auswahlprozess befasste Gruppe habe sich dann auf zwei Kandidat*innen geeinigt, zwischen denen sie als Intendantin sich für Frau Prof. Dr. Kuchler-

Stahn entschieden habe.

Herr Bürgel dankt Frau Demmer und erteilt Frau Kapek für eine Nachfrage das Wort.

Frau Kapek fragt nach den Kriterien, nach denen Frau Demmer die in Frage stehende Kandidatin ausgewählt habe und ob noch weitere Personen in die Entscheidungsfindung involviert gewesen seien. Sie stelle diese Frage bewusst unabhängig von der vorliegenden Personalentscheidung und mit Blick auf künftige Verfahren.

Frau Demmer erklärt, sie sei auf der Suche gewesen nach einer Person mit ausgewiesener Finanzexpertise und Transformationserfahrung, die sanieren könne und eine Verbindung zu Berlin und Brandenburg aufweise. Man habe sich in der Gruppe, die die Auswahlgespräche geführt hat, intensiv ausgetauscht. Die letzte Entscheidung über diese Personalie liege bei der Intendantin. Es sei kein Beschluss der Geschäftsleitung vonnöten oder eine Bestätigung durch Vertretungen.

Herr Bürgel bedankt sich für die Einordnung und bittet Frau Professor Küchler-Stahn sich dem Gremium vorzustellen.

Frau Professor Küchler-Stahn bedankt sich für die Möglichkeit der Vorstellung. Sie stehe für eine selbstbewusste, dienstleistungsorientierte Verwaltung.

Herr Bürgel bittet darum gemäß Beschluss die Nichtöffentlichkeit herzustellen und den Live Stream zu stoppen.

Herr Bürgel stellt die Öffentlichkeit wieder her und bittet, den Live Stream wieder zu starten.

Herr Bürgel verkündet das Wahlergebnis öffentlich: „Der Rundfunkrat hat soeben in geheimer Wahl Frau Prof. Küchler-Stahn zur Verwaltungsdirektorin des rbb gewählt.“

Herr Bürgel gratuliert Frau Prof. Kuchler-Stahn zu ihrer Wahl, er wünsche ihr für ihr Amt alles Gute und freue sich auf die Zusammenarbeit.

Frau Prof. Kuchler-Stahn verabschiedet sich.

TOP 6 Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden

Benjamin Ehlers

(der Bericht liegt dem Protokoll bei)

Herr Bürgel informiert das Gremium, dass er gemäß der Absprache in der vorangegangenen Sitzung Herrn Ehlers gebeten habe, zum Stand der Aufarbeitung durch die Kanzlei LutzAbel zu berichten.

Weiterhin habe der Verwaltungsratsvorsitzende dem Rundfunkrat vorgeschlagen, zur Umsetzung der sich aus dem rbb-Staatsvertrag ergebenden Änderungen in den juristischen Regelwerken, die die Gremien selbst betreffen oder über die sie selbst zu entscheiden haben (Satzung, GO), einen nicht-ständigen Ausschuss zu bilden.

Nach dem Bericht von Herrn Ehlers lädt **Herr Bürgel** zum Austausch im Plenum.

Frau Karger fragt, ob ein mögliches Herausgabeverfahren gegen LutzAbel am Ende nicht genau so teuer werde wie die vorherig geplante Summe.

Herr Ehlers verneint: In so einem Verfahren gehe es um den Aufwand, den derjenige betreiben müsse, der die Herausgabe leisten müsse. Dieses sei nicht mit zu erwartenden Abrechnungen von Arbeitsstunden zu vergleichen. Nach seiner Einschätzung werde die Summe am Ende kaum fünfstellig werden.

Herr Geywitz wünscht sich als Thema einer Klausur die Beschäftigung mit den vielen neuen Aufgaben, die die Novellierung des Staatsvertrages für die Mitglieder des Rundfunkrates,

aber auch für die GGS mit sich bringe. Es gelte in Zukunft sieben Mitarbeitende in der GGS klug auf die Arbeit zu verteilen.

Frau Kapek sagt, dass ohne Abschluss des Compliance-Prozesses die Krise weiterhin andauere. Sie fragt nach den Ergebnissen der Generalstaatsanwaltschaft.

Herr Ehlers stellt dar, dass man nicht alles werde aufklären können. Man müsse priorisieren, man müsse sich auf Wichtiges wie den geplanten Bau des DMH konzentrieren. Man werde die nächsten beiden Jahre weiter damit zu tun haben.

Frau **Dr. Skiba** weist daraufhin, dass die Vereinbarung mit der Generalstaatsanwaltschaft weiterhin greife, nach der Unterlagen, die Hinweise auf strafrechtlich Relevantes, das im Zuge der z.B. arbeitsrechtlichen Aufarbeitung auffällig werden, dorthin übermittelt werden.

Frau Auster fragt bezüglich geplanter Immobilienveräußerungen, ob es eine Abwägung zwischen Berlin und Potsdam gebe.

Frau Demmer antwortet, man bleibe mit den Überlegungen nicht in Potsdam, auch in Berlin werde geprüft, wovon man sich ggf. trennen könne.

Frau **Deléglise** erläutert, dass Veräußerungen von Immobilien in Berlin auf Grund der urbanen Lage schwieriger seien.

Herr Stohn weist darauf hin, dass nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Berlin Gebäude auf dem Prüfstand stehen.

TOP 7 Bildung eines nicht ständigen Ausschusses, der mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags für die Wahl einer Intendantin oder eines Intendanten beauftragt wird

(Beschlussvorlage) Oliver Bürgel

Herr Bürgel erläutert, dass den Mitgliedern des Rundfunkrates mit der Tagesordnung auch eine Beschlussvorlage mit Erläuterung zugegangen sei, bezugnehmend auf die Vorbereitung eines Verfahrensvorschlages für eine kommende Wahl einer/einer Intendant*in. Geplant sei, vor dem Hintergrund der Ereignisse und Vorgehensweisen der letzten Monate konstruktiv nach vorne zu blicken und sich zu fragen, welche Lehren man aus dem Erlebten ziehen könne.

Es gebe einen direkten Zusammenhang zwischen TOP 7 und TOP 8, da es sich thematisch um eine ähnliche Richtung handele. TOP 8 sei aus der vergangenen Sitzung verschoben worden, dazu werde Frau Mauersberger später etwas sagen könne.

Frau Schucht und Frau Hemm seien im September auf ihn zugekommen, man habe gemeinsam mit Frau Herzog-von der Heide eine Idee entwickelt, die nun in der Entschlussvorlage gemündet sei. Gemeinsam mit seiner Vertreterin sei er der Meinung, dass mit der Gründung eines nichtständigen Ausschusses ein guter Weg eingeschlagen werden könne, auf dem – unter Berücksichtigung eines Rückblicks – vor allem ein gutes zukünftiges Verfahren entwickelt werden könne.

Herr Bürgel lädt Frau Schucht und Frau Hemm (zugeschaltet) ein, das Wort zu ergreifen.

Frau Schucht sagt, dass das gewählte Verfahren der vorhergegangenen Intendantinnenwahl für die vielen neuen Mitglieder des Rundfunkrates an einigen Stellen „rumpelig“ gewesen sei und man nun schauen müsse, was gut und was schlecht gelaufen sei. Es gelte, den Prozess für ein nächstes Mal gut vorzubereiten, eine Art Handreichung, einen One-Pager zur Prozessoptimierung zu erarbeiten. Man könne die Ergebnisse beispielsweise bei der geplanten Strategietagung im März vorstellen. Sie werbe darum, dass weitere Interessierte sich an dem Prozess beteiligten. Sie spreche hier auch im Sinn der erkrankten und zugeschalteten Frau Hemm.

Herr Bürgel bedankt sich bei Frau Schucht und wünscht Frau Hemm eine gute Genesung. Er lädt zum Austausch.

Herr Dr. Offenberg regt an, Mitglieder der ehemaligen Findungskommission an dem neuen nichtständigen Ausschuss zu beteiligen, um Legendenbildungen zu verhindern und die Erkenntnisse aus dieser Kommission in die Verarbeitung mit einzubinden.

Frau Jauer sagt, sie sei überrascht über die Doppelung der Themen und fragt, ob die Bildung einer AG (TOP 8) noch Sinn ergebe, wenn ein ständiger Ausschuss gebildet werden soll. Sie bestätigt die Anregung von Herrn Dr. Offenberg, es sei wichtig, dass Ausschuss und/oder AG mit den Mitgliedern der ehemaligen Findungskommission das Gespräch suche.

Sie halte es aber in ihrer Rolle für falsch, selbst in diesem nichtständigen Ausschuss mitzuwirken. Der Personalrat habe die Evaluierung des Findungsverfahrens gefordert. Sie sei optimistisch und halte dies für sinnvoll. Man müsse, so es formale oder inhaltliche Fehler gegeben habe, sie und die dafür Verantwortlichen benennen. Das Gremium müsse entscheiden, welche Grundlage es für eine kommende Wahl gebe.

Sie halte die Idee von Herrn Ehlers, – jenseits der zurückliegenden Wahl – einen nichtständigen Ausschuss für Satzungsfragen u.ä. zu etablieren, für unterstützenswert.

Herr Bürgel erläutert, er habe den direkten Zusammenhang zwischen TOP 7 und TOP 8 in seiner Vorrede bereits thematisiert. TOP 8 sei von der vorangegangenen Sitzung verschoben worden und müsse aus diesem Grund behandelt werden.

Frau Helm hält es für wichtig, das Verfahren noch einmal retrospektiv zu beleuchten. Ihr gehe es darum, dass zukünftige Mitglieder des Rundfunkrates nicht unvorbereitet in eine solche Situation gehen müssten, sondern sich auf klare Regeln beziehen könnten. Sie bestehe darauf, dass – wie in der Vorlage formuliert – die Fragen nicht abschließend seien. Ihr Anliegen sei, dass der Ausschuss eine Diskussionsgrundlage und Fragestellungen erarbeite. Sie habe die Hoffnung, dass die politische Lage rund um den rbb bei der nächsten Wahl einer/eines Intendantin/Intendanten weniger belastet sein werde. Sie halte die Bildung des in Frage stehenden Ausschusses für sinnvoll und hoffe, dass es aus dem Gremium Bereitschaft gebe, dort mitzuwirken.

Herr Goiny adressiert das Thema Erwartungsmanagement an die Runde, er sehe hier auch einen selbsttherapeutischen Ansatz, um diese Wahlentscheidung für manche Beteiligten

aufzuarbeiten. Er gebe zu bedenken, dass der neue Staatsvertrag eine Verkürzung dieser Amtsperiode mit sich bringe und der aktuelle Rundfunkrat die kommende Wahlentscheidung wohl nicht mehr zu treffen habe. Er plädiere für eine Befassung mit dem Blick nach vorne. Er wolle den Blick in die Zukunft richten und Fragen von Satzung und Geschäftsordnung diskutieren.

Frau Kapek schließt sich den Vorredner*innen an. Ein Blick zurück sei wichtig, sie halte jedoch einen Ausschuss, der sich Satzungs- und Verfahrensfragen beschäftige für relevant - auch als Vorbereitung für die übernächste Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages.

Frau Mauersberger bittet darum, Bewertungen unter dem Stichwort „lessons learned“ in die Diskussionen des neuen Ausschusses zu integrieren. Um einem zukünftigen Rundfunkrat transparent zu informieren, wie die vergangene Intendantinnenwahl gelaufen sei, richte sie ein Plädoyer an das Gremium, die Ereignisse genau und kritisch zu hinterfragen. Es sei umso besser, dass in der Beschlussvorlage keine abschließenden Fragen geregelt seien.

Herr Stohn sagt, dass er dem Beitrag von Frau Mauersberger entnehme, dass man durch TOP 7 auf TOP 8 verzichten könne und bittet, darüber abzustimmen.

Herr Bürgel beendet den Austausch und erläutert, dass zur Beschlussfassung eine einfache Mehrheit notwendig sei.

Er verliest den Beschluss:

Der Rundfunkrat beschließt die Bildung eines nicht ständigen Ausschusses, der mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlages für die Wahl einer Intendantin oder eines Intendanten beauftragt wird.

Er sagt, dass er die Abfrage einmal umdrehen wolle und fragt, wer kann diesem Beschluss nicht folgen könne.

Nein-Stimmen: 0

Wer enthält sich?

Enthaltungen: 0

Wer kann dem Beschluss folgen?

Ja-Stimmen: 20

Der Beschluss ist mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

(Ein Mitglied des Rundfunkrates hat die Sitzung verlassen).

TOP 8 Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung einer Wahlordnung unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem zuletzt durchgeführten Verfahren

Ulrike Mauersberger

Herr Bürgel erläutert, dass TOP 8 aus der vergangenen Sitzung des Rundfunkrates verschoben worden sei. Frau Mauersberger, die er jetzt um ihr Wort bitte, habe den Antrag gestellt.

Frau Mauersberger erklärt, der Tagesordnungspunkt sei durch die Behandlung des vorherigen TOPs obsolet geworden. Sie interessiere nun, wer in dem nichtständigen Ausschuss mitarbeite und wie sich das Verfahren gestalte.

Herr Bürgel skizziert das weitere Verfahren: In der nächsten Rundfunkratsitzung am 19. Dezember 2023 werde man die Ausschussmitglieder bestellen. An der Ausschussarbeit interessierte Rundfunkratsmitglieder werden gebeten, sich bis zum 12. Dezember 2023 an die Gremiengeschäftsstelle zu wenden, um ihre Bereitschaft mitzuteilen. Nach Bildung des Ausschusses werde man den/die Ausschussvorsitzende/n (inkl. Stellvertretung) wählen. Wie bei den anderen Sitzungen von Ausschüssen seien die Sitzungen nicht öffentlich. Geplant sei, die Ergebnisse aus diesem Ausschuss im März in einer Klausur des Rundfunkrates zu präsentieren und zu verabschieden. Bei der Arbeit des Ausschusses sei zu berücksichtigen, in welchen Punkten der neue rbb-Staatsvertrag nach seinem Inkrafttreten Klarheit schaffe durch zusätzliche oder ergänzende Verfahrensregeln.

9.1. Bericht des Personalrates

Sabine Jauer

Frau Jauer erklärt, es gehe ihr darum, dem Rundfunkrat die nach wie vor angespannte Stimmung im Haus zu spiegeln, wie der Personalrat sie wahrnehme.

Der Abschluss des Tarifvertrages sei „eine Hängepartie“ gewesen. Auch die Debatte um den Staatsvertrag habe viele belastet, weil man sich für die Schlesinger-Ära abgestraft fühle und sich frage, wie man im Vertrag formulierte Vorgaben finanzieren solle. Es gebe kein Verständnis für die Installierung zweier zusätzlicher Führungskräfte, es sei unklar, was dies für die Hierarchieebenen des Senders bedeute.

Auch die Nennung von Mindeststandards, die zwingend notwendig seien in Bezug zum „Zielbild 2028“ beunruhige und verunsichere die Mitarbeitenden. Man frage sich, welchen Sinn eine selbstverordnete Schrumpfung des rbb ergebe.

Frau Jauer erklärt, sie sei vielmehr der Auffassung, dass der Sender eine Aufbruchstimmung benötige. Sie erinnere an den 10. November 2022, an dem sie dem Rundfunkrat von einem dringend notwendigen Kulturwandelprozess berichtet habe. Mitarbeitende aus allen Bereichen und aus ganz unterschiedlichen Hierarchieebenen seien fast ein Jahr lang in den Zukunftsprozess involviert gewesen. Man habe an den drängendsten Themen gearbeitet und Maßnahmen entwickelt - übrigens ein für die ARD vorbildlicher Prozess, auf den sie häufig von Kollegen in den anderen Häusern angesprochen werde.

Sie nenne als die wichtigsten Stichworte dieses Prozesses: Transparenz, Partizipation, Kommunikation und Führung. Zu letzterem habe Frau Demmer in ihrem Bericht vorgetragen. Die Geschäftsleitung habe ein Feedback-Verfahren für Führungskräfte beschlossen. Der Personalrat sei erleichtert und gespannt, zu welchen Ergebnissen das Verfahren, das im nächsten Jahr zumindest einmalig durchgeführt werde, führe. Nach der Evaluation solle entschieden werden, ob man es auf Dauer im Haus installieren werde. Führung sei ein zentrales Thema im Zukunftsprozess gewesen. Es gebe weitere Beschlüsse aus dem Zukunftsprozess, deren Legitimation teilweise im Hause angezweifelt werde. Auch in diesem Bereich sei die Belegschaft besorgt.

Vom Zielbild 2028 werde erwartet, dass es künftig Entscheidungswege im rbb transparent mache. Aber vieles sei hier noch nicht geklärt – von der Organisation des Prozesses bis zur Frage der Partizipation der Kollegen und Kolleginnen.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse der vergangenen anderthalb Jahre sei der Personalrat überzeugt, dass dieses Projekt nur erfolgreich sein könne, wenn Kollegen und Kolleginnen mit eingebunden werden. Schon der Eindruck, dass man hier hinter verschlossenen Türen Fakten schaffe, sei fatal. Zumal viele Führungskräfte auch als Akteure in das „alte System Schlesinger“ eingebunden gewesen seien, sei das Vertrauen der Belegschaft begrenzt.

Es sei daher umso wichtiger, dass die Neuausrichtung des Senders nicht allein unter Führungskräfte ausgemacht werde, sondern die Belegschaft von Anfang an einbezogen werde. Sie nenne nur als ein Stichwort den Begriff „Resonanzgruppe“.

Zum Abschluss sagt **Frau Jauer**, der Personalrat habe den Eindruck, dass man bezüglich Beteiligung und Kommunikation und Transparenz zunehmend in alte Muster zurückfalle. Dies erlebe der Personalrat auch im Zusammenhang mit seiner Arbeit im Rundfunkrat. Der Personalrat kritisiere, dass er Antwortschreiben der Intendanz auf Anfragen aus dem Gremium oder Beschlussvorlagen wie heute zur Wahl der Verwaltungsdirektorin nicht erhalte. Dies erschwere die staatsvertraglich zugesicherte „Beratung“ des Rundfunkrates durch den Personalrat.

Zuletzt richte sie einen Appell an Herrn Ehlers als Vorsitzenden des Verwaltungsrates bezüglich Transparenz. Immer wieder erreiche den Personalrat aus der Belegschaft die Frage, wer der Verwaltungsrat des rbb sei. Sie rege an, dass man auf den Internetseiten des Verwaltungsrates mehr Informationen zu Kompetenzen, Qualifikationen und/oder dem beruflichen Hintergrund der in Frage stehenden Rätinnen und Räten erhalte.

9.2. Bericht der Freienvertretung (Christoph Hölscher)

Herr Hölscher ergänzt die Ausführungen von Frau Jauer um die Spiegelung der Stimmung unter den freien Mitarbeitenden im rbb, speziell der 1400 arbeitnehmerähnlich Beschäftigten. Er beschreibt die Stimmung als ernst, aber nicht hoffnungslos. Er nennt drei Aspekte, die für diese Stimmung bestimmend seien: 1. die Tarifverhandlungen, 2. Neustrukturierung des rbb mit Auswirkungen auf Freie und 3. der Staatsvertrag.

Bezüglich der Tarifverhandlungen habe es ein Aufatmen bei den Freien gegeben, aber keine Freudensprünge aufgrund der langen Verhandlungsdauer. Das Ergebnis könne nicht den Kaufkraftverlust der vergangenen zwei Jahre kompensieren. Zwar könnten sich viele Kollegen momentan über einen Inflationsausgleich freuen, dieser helfe jedoch nur in diesem Jahr. Bei vielen Freien Sorge das Thema Honorarangleichung zwischen festen und freien Mitarbeitern bei gleicher Tätigkeit weiter für Unruhe. Auch die Perspektive, künftig mit Nullrunden zu rechnen, schüre bei freien Mitarbeitenden die Befürchtungen, dass die in Frage stehende Angleichung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werde. Er schildert das mitunter angespannte Verhältnis des rbb mit seinen freien Programmschaffenden, verdeutlicht aber, dass man durchaus das Bemühen der Geschäftsleitung und der Bereichsleitung sehe, bei geplanten Einschränkungen und Einsparungen die freien Mitarbeitenden rechtzeitig und transparent in die Überlegungen einzubeziehen. Er bezeichnet die „Lernkurve“ beim rbb als positiv, trotz der schwierigen Umstände, die man nicht schönreden könne.

Herr Hölscher gratuliert der designierten Verwaltungsdirektorin Frau Kuchler-Stahn, in Sachen Personalpolitik gebe in Hinsicht auf die freien Mitarbeitenden Luft nach oben, als ein Stichwort nennt er die Fünf-Tage-Prognose.

Frau Kuchler Stein genieße von Seiten der Freienvertretung, wie alle neuen Führungskräfte, erst einmal einen Vertrauensvorschuss. Er äußert sich anerkennend über Frau Demmer, man habe das Gefühl, dass man die Bedürfnisse der Freien durchaus ernsthaft zur Kenntnis nehme. Nun gehe es darum, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Man begrüße auch die Haltung der Intendantin, beim rbb-Staatsvertrag die Interessen des Senders kämpferisch zu vertreten. Positiv beurteile er hinsichtlich des Staatsvertragsentwurf § 35, der vorsehe, dass Freie in den Personalrat kommen. Dieses sei ein wichtiger Schritt, um die Spaltung der Belegschaft in feste und freie Kolleg*innen zu überwinden.

Herr Hölscher gratuliert der designierten Verwaltungsdirektorin Frau Kuchler-Stahn, in Sachen Personalpolitik gebe in Hinsicht auf die freien Mitarbeitenden Luft nach oben, als ein Stichwort nennt er die Fünf-Tage-Prognose.

Frau Kückler-Stahn genieße von Seiten der Freienvertretung, wie alle neuen Führungskräfte, erst einmal einen Vertrauensvorschuss. Er äußert sich anerkennend über Frau Demmer, man habe das Gefühl, dass man die Bedürfnisse der Freien durchaus ernsthaft zur Kenntnis nehme. Man begrüße auch die Haltung der Intendantin beim rbb-Staatsvertrag die Interessen des Senders kämpferisch zu vertreten. Positiv beurteile er hinsichtlich des Staatsvertragsentwurf § 35, der vorsehe, Freie fest in den Personalrat zu integrieren. Dieses sei ein wichtiger Schritt, um die Spaltung der Belegschaft in feste und freie Kolleg*innen zu überwinden.

Herr Bürgel bittet zum Austausch.

Herr Ehlers nimmt Bezug auf die Anmerkung von Frau Jauer und erläutert, dass die Internetseiten des Verwaltungsrates in Arbeit seien. Aufgrund des immens hohen Arbeitsaufwandes, mit dem man sich im Verwaltungsrat auseinanderzusetzen habe, sei einiges liegengeblieben.

Darüber hinaus sei er mit Dr. Oehmichen im Gespräch, da der Personalrat den Verwaltungsrat eingeladen habe. Man sei in der Terminfindung für ein zeitnahes Treffen im kommenden Jahr und freue sich über die Initiative des Personalrates.

Frau Auster regt neben einem Besuch auf den Internetseiten der Gremien des WDR, die sich wesentlich detaillierter darstellten als beim rbb, einen Austausch im Rundfunkrat in einer der kommenden Sitzungen zu diesem Thema an. Es gehe darum, sich den Beitragszahlerinnen und -zahlern besser und informativer zu präsentieren – und auch der Rundfunkrat.

Herr Bürgel stimmt Frau Auster zu und erläutert, er halte die Klausur des Rundfunkrates für den geeigneten Ort, diese Thematik zu behandeln. Auch durch die Neustrukturierung der Gremiengeschäftsstelle werde sicher einiges in dieser Sache schneller auf den Weg gebracht werden können.

Frau Kapek sagt, sie vermute, dass im Rahmen der Novellierung des Staatsvertrages noch einmal deutlich die Forderung aufgestellt werde, in der GGS eine nötige Stärkung vorzunehmen.

Weiterhin halte sie die Aufnahme der Freienvertretung in die Personalvertretung für einen wichtigen Schritt. In ihren Augen sei auch ein größeres Selbstbewusstsein der Freienvertretung begrüßenswert, immerhin seien sie zu einem großen Teil an der Programmgestaltung tätig. Sie bittet Frau Jauer auszuführen, was sie in ihrem Bericht mit „Zurückfallen in alte Muster“ gemeint habe.

Frau Jauer erläutert am Beispiel des strategischen Projektes Zielbild 2028 die Schwierigkeit der Kommunikation. Den Personalrat erreichten viele Fragen, zu denen sie im Moment noch nicht auskunftsfähig seien. So gebe die Sorge, dass die verabredeten Prinzipien von Beteiligung und Transparenz ein wenig in den Hintergrund geraten seien.

Frau Demmer sagt, dass die Stimmung in der Belegschaft ihr bereits bei ihrer Vorstellung ein zentrales Anliegen gewesen sei. Der rbb müsse als attraktiver Arbeitgeber interne Kommunikation gewährleisten, man müsse alle mitnehmen und jede/r müsse Bescheid wissen. Das Zielbild sei ein komplexes Thema, man habe vor zwei Wochen den allerallerersten Schritt getan, in vier Arbeitsgruppen zu vier unterschiedlichen Themen getagt. Zwar habe man nicht die Besetzung der Gruppen transparent gemacht, aber in der vergangenen Woche die Frauenbeauftragten, den Personalrat, Freienvertretung und Redaktionsausschuss eingeladen, um über das Zielbild 2028 zu sprechen.

Dieser allererste Schritt markiere die erste von vier Phasen. Man werde den Zukunftsprozess fortsetzen, der im Haus mit über 30 Arbeitsgruppen als sehr positiv wahrgenommen worden sei. Sie habe klar den Auftrag erteilt, dass es da weitergehen solle und man sich langsam an die Umsetzung all dieser Ergebnisse heranwagen müsse. Der Feedback-Prozess, die Bewertung der Führungskräfte in einem anonymen Verfahren, sei eines der Prozessergebnisse. Die Resonanzgruppe erfreue sich größter Akzeptanz. Es sei völlig klar, dass diese Gruppe auch in den Zielbildprozess mit eingebunden werden solle. Man sei auf einem guten Weg, sie sei stets offen für Kritik. So habe man die Kritik, die in der vergangenen Woche von den Mitarbeitendenvertretungen geäußert worden sei, sehr ernst genommen.

Herr Bürgel bedankt sich für die Ausführungen. Er übergibt Frau Herzog-von der Heide die Sitzungsleitung.

Frau Herzog-von der Heide ruft Herrn Dr. Offenberg auf.

10.1. Bericht aus dem Programmausschuss

Dr. Moshe Abraham Offenberg

Herr Dr. Offenberg teilt mit, dass der Programmausschuss am 12. Oktober 2023 nicht beschlussfähig gewesen sei, weswegen man keine Beschlüsse habe fassen können. Man sei von der Gremiengeschäftsstelle darüber belehrt worden, dass in diesem Fall gemäß rbb-GO § 8 (1) die Sitzung abubrechen sei und ein neuer Termin festgesetzt werden müsse. Diese Information verdeutliche, wie wichtig es sei, dass das Quorum vorhanden sei.

Weiterhin müsse er mit großem Bedauern mitteilen, dass sich Frau Herzog-von der Heide aus dem Programmausschuss zurückgezogen habe. Er danke im Namen des Programmausschusses für ihr Engagement.

Neben der Beschäftigung mit den Zielvorgaben habe man sich weiterhin mit dem ARD-GVK-Qualitätsrichtlinien beschäftigt. So habe man am 17. November in einer zweistündigen GVK Sitzung mit 14 anderen Teilnehmenden (aus den Programmausschüssen der ARD LRA) über den 3. Entwurf mit den eigearbeiteten Rückmeldungen diskutiert. Man werde die Ergebnisse schriftlich erhalten, da man am 28./29. November in der GVK-Sitzung in Köln eine Beschlussfassung erarbeiten werde. Diese aktualisierte Form werde rechtzeitig vorliegen, damit sich der Rundfunkrat sich in seiner kommenden Sitzung am 19. Dezember damit auseinandersetzen könne.

10.2. Bericht aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

Frauke Hemm

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

10.3. Bericht aus dem ARD-Programmbeirat

Katharina Riedel

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

10.4. Bericht aus dem GVK-TMA

Prof. Martin Hagemann

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

10.5. Bericht Programmbeirat arte Deutschland

Katja Karger

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

TOP 11 Bewertung „Gendern im Programm des rbb“

Antrag: Dennis Hohloch

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

TOP 12 Bewertung der Berichterstattung „rechtsextreme Vorfälle in Burg (Spreewald) und Heidesee“

Antrag: Dennis Hohloch

Der Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rundfunkrates am 19. Dezember 2023 verschoben.

TOP 13 Verschiedenes

1. Kurzbericht von Frau Herzog-von der Heide über den Corporate Public Governance Kodex (CPGK), der gerade unter der Federführung der GVK entstehe. (Der Bericht liegt dem Protokoll bei.)
2. Angebot der Verwaltungsdirektion, gemeinsam mit der Hauptabteilung Personal, den Rundfunkrat in einer virtuellen Informationsveranstaltung über die Lage der Freien im rbb in Kenntnis zu setzen.

Herr Bürgel bittet um Abstimmung, ob der Rundfunkrat eine digitale Informationsveranstaltung zur Lage der Freien im rbb durch die HA Personal wünsche. Der Rundfunkrat stimmt per Akklamation für eine solche Veranstaltung.

Herr Bürgel übergibt die Organisation, Terminfindung und Information der Gremienmitglieder an die Gremiengeschäftsstelle ab.

3. Eine Diskussion zum Schreiben des Redaktionsausschusses, das den Mitgliedern des Gremiums am 1. November zugegangen ist.

Herr Bürgel erläutert, der Redaktionsausschuss wünsche sich mit den konkreten Vorstellungen eines eigenen festen Tagesordnungspunktes und einem verbrieften Anwesenheit- und Berichtsrecht in den Sitzungen des Rundfunkrates intensiver in Reform- und Arbeitsprozesse einbezogen zu werden.

Frau Auster und Frau Kapek äußern Interesse an dem Wunsch des Redaktionsausschusses und regen die Erarbeitung einer Beschlussvorlage zu dem Thema an.

Herr Bürgel unterbreitet dem Gremium eine Alternative: Die Tagesordnungen des Rundfunkrates seien durch die vielen Regelberichte sehr lang. Er stelle die Überlegung eines jährlichen Rechenschaftsberichtes des Redaktionsausschusses zur Diskussion. Darüber hinaus könne man den Redaktionsausschuss bei Bedarf über das Jahr punktuell einladen. Man wolle heute nichts beschließen, sondern solle die Causa in Ruhe bedenken.

Frau Jauer sagt, sie halte den Programmausschuss für das passende Gremium für den Redaktionsausschuss. **Herr Bürgel** bedankt sich für die Anregung.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit schlägt **Herr Bürgel** vor, dass der Programmausschuss in seiner kommenden Sitzung das Anliegen des Redaktionsausschusses bespreche und für die Sitzung des Rundfunkrates im Dezember vorbereite.

Herr Bürgel bedankt sich für die konstruktive und gute Sitzung. Er lädt zur letzten Sitzung des Rundfunkrates am Dienstag, 19. Dezember 2023 in Potsdam ein.

Herr Bürgel schließt die Sitzung um 19:45 Uhr



Oliver Bürgel
Vorsitzender des Rundfunkrates

gez. Silke Schütze
Protokoll

Anlagen

Bericht der Intendantin

Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden

134. Sitzung des rbb-Rundfunkrats am 20. November 2023 in Berlin

TOP 3 Bericht der Intendantin

Sehr geehrter Herr Bürgel,
sehr geehrte Frau Herzog-von der Heide,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Rundfunkrates,

In der vergangenen Woche konnten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des rbb über eine gute Nachricht freuen: Der Verwaltungsrat hat im Umlaufverfahren dem zwischen rbb und Gewerkschaften abgestimmten Gehaltstarifvertrag zugestimmt. Nach vielen Monaten und insgesamt zehn Verhandlungsrunden kann die gefundene Einigung in Sachen Tarifsteigerungen und Inflationsausgleichsprämie nun umgesetzt werden. Frau Deléglise, der ich hier stellvertretend für die Tarifkommission des rbb noch einmal ausdrücklich danken möchte, kann Fragen zu den Eckpunkten heute noch gerne beantworten.

Ich bin froh, dass wir einen tariflosen Zustand im rbb abwenden konnten. Gleichzeitig sind wir uns darüber bewusst, dass unsere finanzielle Lage diesen Tarifabschluss nur mit großer Mühe zulässt. Der Abschluss ist aber spürbar ein wichtiges Signal an die Belegschaft und ich habe in dieser Woche auch ein kollektives Aufatmen bei den Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen.

Wir wollen mit dem rbb wieder nach vorne schauen. Das letzte Jahr war von Krisenmanagement und Interim Intendanz geprägt. Für den vor uns liegenden Prozess der Neuausrichtung des rbb brauchen wir Stabilität, Vertrauen und den unbedingten Willen aller anzupacken.

Rahmenbedingungen wie der Gehaltstarifvertrag und das AT-Konzept - aber auch ein Führungskräftefeedbackverfahren und Partizipation durch eine Resonanzgruppe der Mitarbeitenden für Entscheidungen - tragen wieder zu mehr Transparenz zwischen Mitarbeitenden und Führungsebene bei.

Wir haben in Punkto Staatsvertrag unsere Haltung deutlich gemacht und werden im weiteren Gesetzgebungsverfahren und in der Umsetzung den rbb und unsere Rundfunkfreiheit bestmöglich schützen.

Die Compliance Untersuchung wurde durch den Verwaltungsrat beendet, gleichzeitig räumen wir Stückchen für Stückchen weiterhin die Fehler der alten Geschäftsleitung weiter auf.

Wir haben einen Zielbildprozess 2028 gestartet, basierend auf dem Engagement der Geschäftsleitung und Führungskräfte, Interessenvertretungen und Mitarbeiter des rbb werden wir den neuen rbb definieren unter Berücksichtigung seiner prognostizierten Ertragskraft.

Jede geschlossene Baustelle in einem rbb nach der Krise festigt die Stabilität. Und ermöglicht uns, wieder mehr Kraft in die herausfordernden Fragen der Zukunft zu legen. Fragen die mich in den letzten Monaten am meisten umgetrieben haben. Wir werden die Ideen zur digitalen

Transformation, Regional Offensive, Optimierung der Infrastruktur, ARD-Kooperation und unserem kulturellen Wandel und der Qualität unseres Programms weiter konkretisieren, schon heute stellen sie wichtige Leitplanken für ein Zielbild des rbb in 2028.

Mit dem Zielbild 2028 setzen wir einen Prozess auf, der Antworten geben soll auf die Fragen, wie der rbb im Jahr 2028 aussehen muss, um seinen Programmauftrag zu erfüllen. Und um zugleich dem heute feststehenden und perspektivisch mit Blick auf Beitragsdiskussion und Inflation sich abermals veränderndem finanziellen Rahmen zu entsprechen.

Die Phase 1 ist inzwischen gestartet, AGs in den Direktionen haben ihre Arbeit aufgenommen und am Donnerstag bei der Belegschaftsversammlung stelle ich den Kolleginnen und Kollegen den aktuellen Stand und das Vorgehen vor.

Im Frühjahr 2024 werden wir erste Ergebnisse präsentieren können.

Eine gute vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im rbb ist mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft von großer Bedeutung. Daher setzen wir nach wie vor sukzessive Themen um, die die Arbeitsgruppen des partizipativen Zukunftsprozesses im vergangenen halben Jahr entwickelt haben. Vor einer Woche hat die Geschäftsleitung das Feedbackverfahren für Führungskräfte beschlossen. Die Personalabteilung wird das Konzept jetzt in das Mitbestimmungsverfahren von Personalrat und Frauenvertreterin einbringen, so dass voraussichtlich im März 2024 die erste Feedbackrunde starten kann. Ein wichtiges Instrument für die Kultur des Miteinanders und die Entwicklung von Führungskräften im rbb. Inmitten all dieser herausfordernden Zukunftsfragen, die wir mit voller Energie angehen, machen wir selbstverständlich auch weiterhin das, für das wir da sind: gutes und regional relevantes Programm. Und auch hier finden neben dem Regelgeschäft wie Sie wissen grundsätzliche Veränderungen insbesondere im Fernsehprogramm des rbb statt. Martina Zöllner und ihr Team haben inzwischen das neue Profil für unser rbb Fernsehen erarbeitet. Das Programm - linear und auch nonlinear – wird teilweise neu ausgerichtet.

In den Zielvorgaben 2023/2024, die Ihnen für heute zum Beschluss vorliegen, haben wir die Ausrichtung dieser Reform schon beschrieben. Hier daher nur kurz und knackig: Das Programm wird regionaler, digitaler, dialogorientierter und kooperativer (und diverser?!). „DER TAG in Berlin & Brandenburg“ ist die neue Sendung zum Feierabend im rbb Fernsehen, und startet ab 15. Januar 2024 mit dem Blick auf das aktuelle Geschehen in der Region. Ich kann Ihnen an dieser Stelle schon einmal die Moderatoren des Vorabends präsentieren: Wir

freuen uns, dass Alina Stiegler, Uwe Madel, Janna Falkenstein, Christian Matthée und Nadine Heidenreich ab 18 Uhr für den rbb auf Sendung sein werden.

Das Talkformat „Wir müssen reden“ wird es am Dienstagabend mit neuem Konzept geben, ebenso den werktäglichen Vorabend live von 18 bis 19.30 Uhr. Am vergangenen Freitag haben die Kolleginnen und Kollegen ein letztes Mal „schön&gut“ gesendet. Zu sehen gab es die schönsten, lustigsten und leckersten Studioszenen, ein Best-of unserer Studiogäste sowie einen Ausblick auf das, was kommt.

Stolz bin ich auch, Ihnen wirklich gute Quoten präsentieren zu können: Im Ersten senden wir seit Ende Oktober die vierte Staffel der Anwaltsserie „**Die Heiland – wir sind Anwalt**“ und wurden gleich zum Auftakt mit knapp 4,2 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauern und einem 17% Marktanteil belohnt. Ebenfalls sehr gut, mit 26,5%, haben die 8 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauer unseren Polizeiruf „Kopflös in Cottbus“ eingeschaltet (eine für den Krimisonntag exzellente Quote). Im rbb Fernsehen konnten wir mit „Berlin wie es einmal war“ Erinnerungen an die 60er, 70er und 80er Jahre im alten Stadtbezirk Mitte insgesamt 200.000 Zuschauerinnen und Zuschauer erreichen.

Die Quote vom rbb Fernsehen steigert sich gerade auch sehr gut. Im Schnitt kommen wir vermutlich auf 6,1 Prozent MA (aktuell sind wir bei satten 6,0 Prozent, im Vergleich zum letzten Jahr ist das schon eine sehr gute Steigerung, da waren es 5,6 Prozent).

Ein weiteres Highlight im Programm war in der vergangenen Woche, zum 100. Geburtstag von Lorient, unser Fernsehabend: „Von Menschen und Möpsen – Der große Lorient-Abend“.

Die Kolleginnen und Kollegen haben sich auf Spurensuche in Berlin und Brandenburg begeben und auch bei uns im Programm den ganzen Abend an den Grandseigneur des feinsinnigen Humors erinnert, der es so vortrefflich verstanden hat, Menschen aller Generationen zu unterhalten, und der, nicht jeder weiß das, ein Brandenburger war.

Ein Thema, das uns nach wie vor bewegt und beschäftigt, ist der Überfall der radikalislamischen Hamas auf Israel. Wir haben verschiedene Spezials gesendet, auch zu den antisemitischen Übergriffen in Berlin und natürlich im Inforadio und auf anderen Wegen und Wellen berichtet. Am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht 1938, haben wir auf rbb24 die zentrale Gedenkveranstaltung in der Synagoge Bernauer Straße live übertragen und die anderen Landesrundfunkanstalten mit Hörfunkberichterstattung beliefert.

Im Rahmen des „ARD Jugendmedientag – alles KI?“ haben wir, wie alle ARD Medienhäuser, unsere Türen für Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse geöffnet. Programmgestaltende

und Mediencoaches der ARD haben sich gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern in Workshops, in den Studios, digital und auch in den Schulen dem Thema "KI und Medienkompetenz" angenähert

In der vergangenen Woche wurde es lebendig im HDR: Zum bundesweiten Vorlesetag hat der rbb wieder zur Veranstaltung „Der rbb liest – Große für Kleine“, nach einer pandemiebedingten Pause, wieder vor Ort, ins Haus des Rundfunks eingeladen. Insgesamt sind über 600 Kinder in den Kleinen Sendesaal gekommen, auch ich durfte hier einige Zeilen aus dem "Sams" vorlesen.

Und noch etwas ganz Besonderes: Für 19 junge Tänzerinnen und Tänzer hat der rbb einen Traum erfüllt und sie ausgewählt für die Sendung „**MY MOVE – Tanz deines Lebens**“. Im Rahmen dieser Sendung werden junge Tänzerinnen und Tänzer ausgewählt, um nach Casting und Trainings-WG gemeinsam mit dem Sänger Myle auf der ganz großen Bühne zu stehen. Der rbb hat hier zusammen mit dem MDR die Federführung gehabt, ausgestrahlt wird das Format im KiKa seit Anfang November.

Was immer wieder besonders schön ist: wenn auch andere sehen und zu schätzen wissen, wie viel exzellentes Programm der rbb hervorbringt. In den vergangenen Wochen regnete es geradezu Auszeichnungen und Preise. Unter anderem:

Der Bremer Fernsehpreis 2023 ging in der Kategorie „Beste investigative Leistung“ an die Kolleginnen und Kollegen von "Brandenburg Aktuell" für den Beitrag über Rechtsextremismus an der Schule in Burg. In der Jurybegründung heißt es: "Das ist eine journalistische Leistung: Eine angstvolle Stimmung durchbrechen, verängstigte Menschen zum Reden bringen, Straftaten bundesweit bekannt machen. ... Dank des rbb kommen auch die letzten Zweifler und Beschöniger daran nicht mehr vorbei."

Außerdem sind Hajo Seppelt und sein Team mit dem renommierten 1. Preis für kritischen Journalismus der Otto Brenner Stiftung 2023 für den Film "Geheimsache Doping: Dealer" ausgezeichnet worden.

Ebenso durfte sich die Trailerredaktion des rbb Fernsehens freuen, die mit dem renommierten „Eyes & Ears Award“ in Gold und Bronze für Trailer im rbb Fernsehen ausgezeichnet wurden.

Nicht allein im Programm, sondern auch in anderen Bereichen kann der rbb preiswürdig sein: Max Schmidt hat die Auszeichnung der IHK Berlin als bester Azubi in seinem Fach als Mediengestalter erhalten.

Zum Abschluss noch ein Hör Tipp: Ende Oktober haben wir den Podcast „KI – und jetzt? Wie wir Künstliche Intelligenz leben wollen“ veröffentlicht. Die Entwicklungen von Künstlicher Intelligenz bereitet vielen Menschen Sorgen. Mit dem Podcast setzen wir gemeinsam mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz diesen Sorgen etwas entgegen. Die beiden Hosts Nadja Kailouli und Aljoscha Burchardt ergründen, wie wir KI so gestalten können, dass sie unseren Zwecken dient.

Und jetzt übergebe ich gerne an Martina Zöllner, die Ihnen mehr zum neuen Vorabend im rbb Fernsehen erzählt.

Bericht des Verwaltungsrates (Benjamin Ehlers)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erstatte folgenden Bericht für den Verwaltungsrat.

Vorab möchte ich – obwohl der Verwaltungsrat nicht für das Programm zuständig ist – Programm loben. Am 12. November wurde in der ARD der Polizeiruf 110 aus Cottbus ausgestrahlt, aus meiner Sicht eine gelungene Arbeit. Das Filmteam drehte nicht nur vollständig in Cottbus, sondern band mit dem Jazz Dance Club Cottbus und dem Karnevalclub vor Ort verankerte Institutionen ein und wurde damit unserem gemeinsamen Auftrag, in den Regionen tätig zu sein, gerecht. Vielen Dank an die Verantwortlichen hier im Haus.

Der Verwaltungsrat hat sich nach der Wahl von Frau Ulrike Demmer intensiv sowohl mit den Vertragsverhandlungen mit ihr als auch mit der Vergütung der AT-Beschäftigten insgesamt beschäftigt. Die Vergütung der Intendantin als auch die Vergütung der AT-Beschäftigten stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Diese Diskussion wurde ausführlich geführt und hat dadurch viel Zeit in Anspruch genommen, was Ausdruck für die neue Qualität der Arbeit im Verwaltungsrat ist. Die Eckpunkte des Dienstvertrages mit Frau Demmer sind Ihnen bekannt und sollen nicht mehr im Detail wiederholt werden. Es lässt sich feststellen, dass die anderen ARD-Anstalten diesen Vorgang sehr sorgfältig beobachten.

In unserer Sitzung am 7. September haben wir abschließend intensiv über die Vergütung der AT-Beschäftigten gesprochen und auf der Sitzung am 19. Oktober einen Beschluss gefasst, der Ihnen schon mit gesonderter email zur Kenntnis gegeben wurde. Das AT-Konzept vom 27. März 2023 bleibt insofern aufrecht erhalten, als dass Hauptabteilungsleiterinnen und –leiter eine außertarifliche Vergütung von ca. € 150.000 beziehen. Weitere Vergütungsbestandteile

wie Mobilitätszulagen oder ähnliches bestehen nicht. Die Altersvorsorge lehnt sich an die Regelungen des BTVA an.

Die Direktorinnen und Direktoren erhalten künftig eine Vergütung von € 185.000,00, damit senken wir noch einmal mit Augenmaß die Vergütung. Die Vergütung der Direktorinnen und Direktoren liegt damit genau in der Mitte zwischen der Vergütung der Intendantin und der Hauptabteilungsleiterinnen und –leitern. Die Mobilitätszulage wurde gestrichen. Das Übergangsgeld wird künftig – analog der Regelung mit der Intendantin – auf 12 Monate begrenzt. Ruhegelder werden nicht mehr gewährt. Die Altersvorsorge lehnt sich an die Regelungen des BTVA an.

Ein weiteres Themenfeld ist die Auseinandersetzung mit der compliance-Untersuchung der Kanzlei Lutz Abel. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 7. Juli beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Kanzlei Lutz Abel zu beenden. Im Vorfeld haben verschiedene Gespräche stattgefunden. Mit ihrem Sachstandsbericht vom 30. Juni 2023 teilte die Kanzlei Lutz Abel mit, dass sie insgesamt sieben Sachverhaltskomplexe bearbeitet.

Die beiden Komplexe „Abendessen“ und „Compliance-Organisation“ seien weitgehend ausermittelt. Bei den Komplexen „Vorruhestandsregelungen“ und „ROC GmbH“ wäre die Sichtung von Unterlagen abgeschlossen. Es müssten noch Befragungen durchgeführt werden. Bei den Komplexen „DMH-Standortentwicklung“, „Bloß nicht langweilen“ und „Renovierung 13./14. Obergeschoss“ müssten noch Unterlagen gesichtet und anschließend Befragungen durchgeführt werden. Mit einer Fertigstellung des Hauptgutachtens sei erst zu Ende des Jahres zu rechnen. Bereits vorhandene Entwürfe zum sog. Hauptgutachten wurden uns bisher nicht zur Verfügung gestellt.

Der Verwaltungsrat hat eine Prognose zu den Kosten der Kanzlei Lutz Abel angestellt. Anhand der bisher eingegangenen monatlichen Rechnungsbeträge haben wir prognostiziert, dass bis zum Jahresende 2023 – an dem wir mit der Übergabe des Hauptgutachtens nach Aussagen von Lutz I Abel rechnen sollten – mit Kosten von ca. € 3,0 Mio zu rechnen sei. Diese Kosten erschienen uns zu hoch, um das weitere compliance-Verfahren verantworten zu können. Nach der Kündigung haben zahlreiche Gespräche mit den Vertretern von Lutz Abel stattgefunden. Im Verwaltungsrat wurden rechtliche Fragen aufgeworfen, die mit Unterstützung der Justiziarin Frau Dr. Skiba beantwortet werden. Frau Dr. Skiba sei an dieser Stelle für ihr hohes Engagement herzlich gedankt. Nach meinem Eindruck ist sie weit

überobligatorisch für den rbb tätig. Der Verwaltungsrat hat sich in seiner Sitzung am 16. November abschließend mit dem der Untersuchung von Lutz Abel befasst und beschlossen, dass einerseits alle offenen Rechnungen werden und dass wir – entgegen der bisherigen Rechtsauffassung von Lutz Abel – alle Unterlagen herausverlangen. Bisher ist Lutz Abel der Rechtsauffassung, dass sie einen Teil ihrer Arbeitsergebnisse nicht herausgeben müssen, die sog. Entwürfe für das Hauptgutachten. Wir teilen diese Rechtsauffassung nicht und werden ggfls. gerichtlich die Herausgabe erstreiten.

Der Verwaltungsrat hat sich zur Umsetzung des Sparprogramms mit der Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Grundstücke in Potsdam-Babelsberg befasst und die Einleitung eines Höchstgebotsverfahrens beschlossen, dass gegenwärtig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten, auch aus der Politik, wurden wir aufgefordert, die Grundstücke nicht zum Höchstgebot zu veräußern, sondern im Rahmen eines Konzeptverfahrens, um den Charakter der Medienstadt Babelsberg zu erhalten. Hierzu sollte der rbb – nach Auffassung der verschiedenen außenstehenden Personen – durchaus auch hinnehmen, dass Grundstücke unterhalb des Marktwertes verkauft werden. Dieser Forderung können wir nicht nachkommen. Wir haben allein das Vermögen und die Interessen des rbb zu schützen. Gerade in der gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Situation können wir keine weiteren Verluste hinnehmen. Ich verkenne nicht die ordnungspolitischen Gründe aus der Sicht der Landeshauptstadt Potsdam und des Landes Brandenburg. Beide verfügen aber über die rechtlichen Möglichkeiten, den Medienstadtort Babelsberg durch entsprechende grundstücksbezogene Maßnahmen zu erhalten, insbesondere die Landeshauptstadt Potsdam durch die Ausübung des kommunalen Verkaufsrechts.

Der Verwaltungsrat hat sich intensiv mit dem Tarifvertrag befasst. Da der Tarifvertrag erhebliche finanzielle Auswirkungen hat, wurden aus der Mitte des Verwaltungsrats viele Fragen gestellt, die teilweise erst in der Sitzung beantwortet werden konnten, in der der Tarifvertrag zum Beschluss stand. Um den Mitgliedern des Verwaltungsrats die Chance zu geben, nicht überstürzt eine Entscheidung treffen zu müssen, haben wir uns entschlossen die Entscheidung im Umlaufverfahren zu treffen, wenn alle mündlich beantworteten Fragen verschriftlicht wurden. Das Umlaufverfahren ergab eine Zustimmung. Die Mitarbeitenden waren durchaus enttäuscht, dass nicht sofort in der Sitzung eine Entscheidung getroffen wurde. Ich kann aber nur um Verständnis werben, dass der Verwaltungsrat nach dem Prinzip,

dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht, arbeitet, insbesondere wenn die finanziellen Auswirkungen eines Beschlusses erheblich sind.

Die Gremiengeschäftsstelle arbeitet gegenwärtig weit über die Belastungsgrenze hinaus. Ursache ist u.a., dass mit der Neubesetzung sowohl von Rundfunkrat als auch von Verwaltungsrat deren Mitglieder wesentlich aktiver sind. Beim Verwaltungsrat konnte sich die Gremiengeschäftsstelle zu früheren Zeiten darauf beschränken, zu den Sitzungen einzuladen und deren Durchführung sicherzustellen. Die Protokolle wurden in der Verantwortung der damaligen Intendantin verfasst. Nunmehr ist die Gremiengeschäftsstelle für die Vorbereitung der Sitzungen, auch inhaltlich, zuständig und verantwortet das Protokoll. Zudem ist der Verwaltungsrat insgesamt sehr fragefreudig, was zu einem erheblichen Aufwand führt, der aber gut im Sinne der Wahrnehmung unserer Kontrollfunktion ist. Herr Bürgel, Frau Herzog-von der Heide, Frau Dr. Tille und ich konnten mit Frau Dr. Vernau verabreden, dass die Gremiengeschäftsstelle personell aufgestockt wird. Wir haben nunmehr sieben Stellen, neben einer Leitung vier Referent:innen und zwei Assistenzen. Im November fanden unter Mitwirkung von Herrn Bürgel, Frau Herzog-von der Heide, Frau Dr. Tille und mir Vorstellungsgespräche statt. Gegenwärtig befinden wir uns im Mitbestimmungsverfahren des Personalrats und der Frauenvertreterin und können deshalb erst in der nächsten Sitzung das Ergebnis der Vorstellungsgespräche mitteilen. Meine Hoffnung ist, dass wir zu Beginn des neuen Jahres mit dem neuen Team an den Start gehen können. Weiterhin ist meine Hoffnung, dass wir ebenfalls zum Jahresbeginn mit Team und den vier genannten Vertreter:innen beide Räte in Klausur gehen, um die Arbeit neu aufzustellen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Herrn Liedtke, Frau Schütze, Frau Birtün und Frau Lehmann danken, die in den letzten Monaten für die notwendige Konstanz in der Arbeit gesorgt haben.

Der rbb wird mit dem neuen rbb-Staatsvertrag eine neue Handlungsgrundlage erhalten. Wir sollten uns gemeinsam darauf vorbereiten, die vielen neuen Regelungen – insbesondere die, bei denen eine verfassungsrechtliche Diskussion nicht zu führen ist – für uns umzusetzen. Die Satzung, die Geschäftsordnungen von Rundfunkrat und Verwaltungsrat, die Finanzordnung sind zu überarbeiten. Sie haben heute auf der Tagesordnung zu den Punkten 7 und 8 Anträge, die Teilbereiche der zu überarbeitenden Regelwerke betreffen. Ich möchte anregen, dass Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen nichtständigen Ausschuss einzusetzen, der das Regelwerk insgesamt bearbeitet und damit eingeschlossen auch

die Regelungen für die Wahl einer Intendantin oder eines Intendanten. Für den Verwaltungsrat kann ich anbieten, dass ein solcher Satzungsausschuss mit uns zusammenarbeitet, um die jeweiligen Regelwerke aufeinander abzustimmen. Ich konnte im September zum ersten Mal an der ARD-Gremienvorsitzendenkonferenz und an der anschließenden ARD-Hauptversammlung teilnehmen. Der Empfang durch die Kolleginnen und Kollegen war sehr freundlich. Die Vernetzung des rbb in der ARD auch auf der Ebene der Aufsichtsgremien ist von großer Bedeutung, da die einzelnen Landesrundfunkanstalten verstärkt zusammenarbeiten müssen. Die Bedeutung der ARD wird für deutschlandweit zu machende Angebote genauso stärker werden wie die Regionalisierung in den einzelnen Landesrundfunkanstalten.

Die Sitzung im September war u.a. von der Diskussion über die Sendungen zu den Politischen Talks geprägt. Die Schwierigkeit ist, dass die Gremienvorsitzendenkonferenz gemäß § 7 Abs. 2 des ARD-Staatsvertrags die Gremienkontrolle der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten koordinieren soll, diese Koordinierung aber schnell an die Grenzen der einzelnen Landesrundfunkanstalten stößt. Insbesondere werden Auskünfte, die für eine effektive gemeinsame Kontrolle notwendig wären, nicht oder nur teilweise erteilt. Die Idee einer koordinierten Kontrolle steht im Konflikt mit anderen rechtlichen Vorgaben, z.B. dem Kartellrecht. Wenn die Prognose richtig ist, dass die Bedeutung der ARD für bundesweit zu nutzende Angebote stärker werden wird, muss die Gremienkontrolle entsprechend angepasst werden.

In der Sitzung Ende November werden wir uns u.a. mit der Compliance-Rahmenrichtlinie für die Aufsichtsgremien und mit der Qualitätsrichtlinie der Rundfunkräte gemäß § 31 Abs. 4 MÄStV befassen. Beide Themen werden uns auch in unseren Gremien befassen.

Benjamin Ehlers, Vorsitzender des Verwaltungsrates, 20.November 2023